

# BÜRGERBÜRO e. V.

## Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur

---

Bürgerbüro e.V. Bernauer Str. 111 13355 Berlin Tel.: 030 / 463 48 06 Fax: 030 / 463 57 18  
info@buergerbuero-berlin.de www.buergerbuero-berlin.de

### Presseerklärung

Berlin, den 15. Mai 2006

## **Expertenkommission „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED- Diktatur“**

Ignatz Bubis sel. Ang.  
Jürgen Fuchs †  
Bäbel Bohley  
Wolf Biermann  
Rainer Eppelmann  
Prof. Dr. Manfred Erhardt  
Alfred Fischer  
Ralph Giordano  
Katja Havemann  
Freya Klier  
Dr. Helmut Kohl  
Dr. Uwe Lehmann-Brauns  
Vera Lengsfeld  
Dr. Ehrhart Neubert  
Christa Nickels  
Günter Nooke  
Anton Pfeifer  
Rudolf Scharping  
Cornelia Schmalz-Jacobsen  
Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig  
Rolf Schwanitz  
Wolfgang Templin  
Arnold Vaatz  
Konrad Weiß

Die schon an die Öffentlichkeit gelangten Empfehlungen der Expertenkommission für die Entwicklung eines „Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bedürfen dringend der öffentlichen Debatte.

Das Anliegen, die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern, ist begrüßenswert. Das Ergebnis der Arbeit ist unzureichend. Die Kommission ist als unmaßgebliche und keinesfalls repräsentative Gruppe (fehlende Opferverbände, regionale Initiativen, andere wissenschaftliche Ansätze) zu betrachten.

Der Kern der Empfehlungen der Expertenkommission betrifft die Schaffung von drei Aufarbeitungsschwerpunkten (Herrschaft – Gesellschaft - Widerstand, Überwachung und Verfolgung, Teilung und Grenze), die unter inhaltlichen Gesichtspunkten nahezu die gesamte deutsche Aufarbeitungslandschaft erfassen soll. Drei Aufarbeitungsinstitutionen sollen als Träger fungieren, die „Stiftung Aufarbeitung“, die BStU und die Gedenkstätte Berliner Mauer.

Wir halten die Empfehlungen der Kommission nicht für sachgerecht. Im Fall einer äußerst kostspieligen Realisierung würde die ohnehin unzureichende Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft beschädigt. Zudem fehlen nahezu alle rechtlichen Instrumente, das Vorhaben umzusetzen. Im Ergebnis würden drei bürokratische Monster entstehen, die die Arbeit bestehender und funktionierender Einrichtungen zentralistisch blockieren und mit einer Gremieninflation ersticken. Statt der notwendigen Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement, kommunaler Initiativen und staatlicher Institutionen entstünden komplizierte Verwaltungseinheiten, die sich mehr mit sich selbst, als mit ihren Aufgaben beschäftigen würden.

Unter anderem wäre zu den einzelnen Vorhaben zu bemerken:

Die BStU bezieht ihre rechtliche und politische Legitimation aus dem StUG, das sie verpflichtet, Akten des MfS für genau definierte Zwecke zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Funktionen und Wirkungen des MfS. Diese Aufgaben bleiben für das nächste Jahrzehnt und länger bestehen. Die BStU kann nicht in eine Gedenkstätten- und Museumsverwaltung umfunktioniert werden, erfolgreiche selbstständige Gedenkstätten bedürfen keiner übergeordneten Verwaltung. Die in der Behörde arbeitende Abteilung „Bildung und Forschung“ bezieht ihre Legitimation aus dem

Gesamtauftrag der Behörde gemäß dem StUG und verfügt daher über einen privilegierten Aktenzugang. Wenn dieser entfällt, hat diese Einrichtung keine Existenzberechtigung mehr. Auch die Forschung zu Opposition und Widerstand ist vorrangig dort anzusiedeln, wo es einen unmittelbaren Zugang zu den Akten gibt.

Die „Stiftung Aufarbeitung“ sollte als multifunktionales Instrument der Aufarbeitung und der Aufarbeitungsförderung ausgebaut werden. Mit ihren Bemühungen um die Vernetzung, Beratung und Förderung der vielfältigen Aufarbeitungsbereiche hat sie sich eine Kompetenz erworben, die weiter genutzt werden sollte. Der Versuch, unter der Trägerschaft der Stiftung eine Ausstellung zum „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ in einem „Haus der Aufarbeitung“ einzurichten, erinnert an die pseudowissenschaftlichen Unternehmungen, den Alltag in der DDR ohne die alltäglichen Repressionen, sozialen Mängel, Ängste und Verdrängungen zu zeichnen. Ein solcher Plan ist überflüssig und zu teuer. Niemand käme darauf, die Autobahnen und Sozialleistungen des NS-Staates unabhängig von den Repressionen der Diktatur auszustellen.

Letztens ist es schwer vorstellbar, dass im Komplex „Teilung und Grenze“ die gut arbeitende Gedenkstätte Berliner Mauer eine Koordinierungsfunktion im Rahmen einer zu gründenden Stiftung für alle anderen Gedenkstätten übernimmt. Hier würde ein Apparat entwickelt, der in der vielgliedrigen Gedenklandschaft an die Teilung völlig überflüssig ist.

Das „Bürgerbüro“ fordert, dass über die Historisierung der DDR hinausgehende Konzepte der Aufarbeitung entwickelt und debattiert werden. Dazu gehören die politischen, mentalen und gesellschaftlichen Kontinuitätslinien, Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur. Zudem müssen die Situation der Opfer der kommunistischen Herrschaft sowie die Situation der SED-Funktionselementen im Transformationsprozess Bestandteil der Aufarbeitung werden.

Das Bürgerbüro Berlin e. V. verlangt, dass alle von den Empfehlungen betroffenen Initiativen, Institutionen und Vereine gehört und berücksichtigt werden, bevor für sie existentielle Entscheidungen getroffen werden.

gez. Dr. Ehrhart Neubert  
(Vorsitzender )

gez. Dr. Helmut Nicolaus  
(Stellv. Vorsitzender)

Für den Vorstand:  
Andreas Bertram  
Freya Klier  
Dr. Uwe Lehmann-Brauns  
Vera Lengsfeld  
Siegfried Reiprich